

Doppelmoral im Steuerstreit



Von **Claude Baumann**
Journalist und Buchautor

Zugegeben, Eigenwerbung ist immer heikel. Doch die eine oder andere Ausnahme mag manchmal berechtigt sein – etwa wenn es um den Schweizer Finanzplatz geht. Kaum eine Woche vergeht mehr, ohne dass die hiesigen Finanzinstitute nicht der Kritik und bisweilen abstrusen Vorwürfen aus dem Ausland ausgesetzt sind: «Die Schweiz als internationale Steueroase, die Schweizer Banken als willige Handlanger der globalisierten Steuerhinterzieher.» Wir können es nicht mehr hören.

Es ist ein Phänomen, mit welcher Hartnäckigkeit sich solche Unterstellungen halten; selbst nachdem die Schweiz eine Zinssteuer in Europa vereinbart, dann das OECD-Musterabkommen unterzeichnet, mit den USA einen Staatsvertrag sowie mit diversen europäischen Ländern eine Abgeltungssteuer abgeschlossen hat. An der Vehemenz der Angriffe aus dem Ausland hat sich überhaupt nichts geändert.

Test mit verblüffenden Resultaten

Mit welcher Doppelmoral in dieser Sache agiert wird, zeigen die Erfahrungen, die ich unlängst bei einem Test im Auftrag der «Handelszeitung» machte. Ich wollte wissen, wie schwierig es für einen Schweizer ist, ein Bankkonto in Deutschland zu eröffnen und unversteuertes Geld darauf zu deponieren.

Die Resultate des Tests waren verblüffend: Während die meisten Schweizer Banken längst auf eine resolute Weissgeld-Strategie umgeschwenkt sind,

herrscht in Deutschland eine kaum vorstellbare Unbekümmertheit, wie wir sie bloss noch vom Hörensagen kennen. Oder anders formuliert: In deutschen Bankstuben dominiert genau jene Mentalität, mit der die ominösen «Swiss Bankers» jahrzehntlang das Schwarzgeld der ausländischen Klientel in Empfang genommen haben.

Meine Versuchsanlage war denkbar simpel: Auf die Reise nach Bayern und Baden-Württemberg begab ich mich als 50jähriger Schweizer Unternehmer, der aufgrund von Einkünften in Deutschland ein Konto bei einer lokalen Bank eröffnen möchte. Zudem wollte ich von den in Deutschland günstigeren Gebühren profitieren und darüber hinaus 100'000 Franken anlegen, die angeblich in einem Fonds in der Karibik sind. Pikantes Detail: Das Geld aus Übersee war meinen Angaben zufolge nicht deklariert in der Schweiz.

Steueroase Deutschland

Ob in Lindau, Waldshut, Friedrichshafen oder Konstanz – überall wurde mir ein herzlicher Empfang beschieden. Ob Commerzbank, Deutsche Bank, Hypovereinsbank, Sparkasse oder Volksbank – in allen besuchten Filialen war ich nicht nur als Kunde hochwillkommen, «mein Schwarzgeld» war es genauso.

Eine entsprechende Überweisung aus dem Ausland sei überhaupt kein Problem, hiess es unisono, zumal es nicht Aufgabe der Bank sei, die Steuersituation des Kunden zu prüfen. «Wir sind nicht verpflichtet, danach zu fragen», betonten die Kundenberater, und mehr als einmal hiess es: «Selbst wenn Sie uns versichern, dass Ihr Geld versteuert ist, wissen wir ja nicht, ob das stimmt.» Zur weiteren Diskretion waren manche Banken auch gerne bereit, die gesamte Geschäftskorrespondenz gegen eine jährliche Gebühr von 250 Euro zurückzubehalten.

Sogar die BW Bank, eine Tochter der staatlichen Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), äusserte keinerlei Vorbehalte. Weder das deutsche Finanzamt noch die Schweizer Behörden würden sich für dieses Geld interessieren, erklärten die BW-Mitarbeiter.

Dieser Fall erstaunt insofern, als sich das grün-rot regierte Bundesland Baden-Württemberg die Bekämpfung der Steuerflucht ganz gross auf die Fahne geschrieben und im Rahmen des Abgeltungssteuerabkommens immer wieder Zugeständnisse von der Schweiz eingefordert hat.

Offiziell bestritten alle mit den Testresultaten konfrontierten Finanzinstitute, etwas mit undeklarierten Vermögen am Hut zu haben. «Unversteuerte Gelder werden nicht angenommen», hiess es unisono, oder: «Wir führen keine Konten für Kunden, die uns nicht versteuerte Einlagen andienen.» Wie das «Mystery Shopping» jedoch gezeigt hat, ist die Realität eine andere.

Tatsächlich ist Eigenwerbung immer heikel, doch in diesem Fall wäre es schlicht an der Zeit, dass die Schweiz etwas für ihr Image täte, zumal der Test zweifelsohne auch in vielen anderen Ländern ein ähnliches Resultat ergeben würde. Aus den Erfahrungen lässt sich durchaus ableiten: Die nötige Sorgfalt im Umgang mit Kundengeldern gibt es offenbar nur in der Schweiz. Doch daran wird unser Land nicht gemessen – vor allem auch deshalb nicht, weil es die Schweiz bis heute versäumt, dies entsprechend zu kommunizieren.

Scheinheilige USA

Selbst die USA, die in den letzten Jahren schonungslos den Schweizer Finanzplatz angegriffen und dabei erheblichen Schaden angerichtet haben, gehen innerhalb ihrer eigenen Grenzen höchst «pragmatisch» vor. Entgegen allen internationalen Trends können Unternehmen im Bundesstaat Delaware einen intransparenten Firmensitz oder Offshore-Konten problemlos eröffnen, und in Miami interessieren sich nur die wenigsten US-Banker für die Herkunft der ihnen zufließenden Kundengelder.

Etwas mehr Eigenwerbung täte der Schweiz gut. Eigenwerbung, die wir gerne auch in internationalen Leitmedien wie dem «Wall Street Journal» oder der «Financial Times» lesen würden.

claude.baumann@finews.ch
www.finews.ch